

Parlament macht bei Bührle-Sammlung Druck

Die Zürcher Politik will endlich herausfinden, wie sehr der Kunstsammler vom NS-Regime profitierte



Steht immer wieder in der Kritik: die Sammlung Bührle im Zürcher Kunsthaus.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

GIORGIO SCHERRER

Bald ein Jahr ist es her, dass der Historiker Raphael Gross einen Bericht voller unangenehmer Befunde publizierte. Es ging um die Kunstsammlung des Zürcher Waffenproduzenten Emil Bührle, die seit 2021 das Herzstück des Kunsthaus-Erweiterungsbaus bildet.

Bührle, dessen Gemälde heute einer Stiftung gehören, hatte viele seiner Werke in der Zeit des Nationalsozialismus erstanden. Dabei profitierte er auch von der Verfolgung jüdischer Kunstbesitzer, die damals reihenweise enteignet, zum Verkauf gedrängt oder durch die politischen Umstände dazu gezwungen wurden.

Wie viele Bührle-Bilder historisch belastet sind und was das für die Sammlung bedeutet – darüber wird seit Jahrzehnten gestritten. Mit dem Einzug der Sammlung in ein öffentliches Museum ist aus dem Streit eine erinnerungspolitische Debatte nationalen Ausmasses geworden. Gross' Bericht sollte hier

Klarheit bringen. Der in Zürich geborene Leiter des Deutschen Historischen Museums in Berlin prüfte, wie professionell die bisherige Forschung zur Herkunft der Bilder war – und wo es Lücken gab.

Unbequemer Befund

Sein Befund: «Bei einer grossen Anzahl von Werken wurden die Provenienzen bisher nicht oder nicht ausreichend erforscht.» In vielen Fällen seien die Forschungsergebnisse «nicht oder allenfalls nur teilweise nachvollziehbar». Für die Stadt und das Kunsthaus ein unbequemer Befund. Noch 2016 hatte Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) gesagt: «Die Sammlung Bührle gilt als eine der am besten erforschten Sammlungen weltweit.»

Nun stellte der Historiker Gross klar: «Die Sammlung ist historisch besonders belastet, und zwar in einem Ausmass, das in der Schweiz wohl einmalig ist.» Und weiter: «Ohne jüdische

Sammler wäre die Sammlung Bührle so nie zustande gekommen.» Der Expertenbericht endete mit der dringenden Empfehlung, die Herkunft der Gemälde gründlich zu untersuchen. Rund ein Drittel hat laut Gross mutmasslich jüdische Vorbesitzer.

Die Träger des Zürcher Kunsthauses – Kunstgesellschaft, Stadt und Kanton Zürich – versprochen daraufhin in einer Medienmitteilung vom Juli 2024 «zukunftsfähige Lösungen» und «Gespräche nach der Sommerpause». Die Öffentlichkeit werde man informieren, sobald es Ergebnisse gebe.

Seither ist es still geworden um die Bührle-Bilder im Kunsthaus. Es herrsche «das grosse Schweigen», schrieb das jüdische Wochenmagazin «Tachles» vor kurzem. Unterbrochen wurde es nur einmal: als bekannt wurde, dass eines der umstrittenen Werke – «La Sultane» von Édouard Manet – im Kunsthaus bleiben wird. Die Bührle-Stiftung hatte sich mit den Nachkommen eines jüdischen Vorbesitzers ge-

einigt, gegen Zahlung eines Betrags in unbekannter Höhe.

Zur geforderten vollständigen Provenienzforschung aber herrschte weiterhin Schweigen. Bis an diesem Montagmorgen, als die kantonale Politik die Geduld mit der Stadt und dem Kunsthaus verlor. Anlass war ein Vorstoss im Kantonsparlament, in dem die Ratslinke eine rasche lückenlose Aufarbeitung gemäss Gross' Empfehlung forderte. Mit 87 zu 83 Stimmen wurde er angenommen. GLP, EVP, Grüne und SP votierten dafür.

«Es geht nicht, dass die Nachfahren jüdischer Besitzer immer weiter verdrängt werden», sagte Sibylle Marti (SP). «Die Bührle-Stiftung und die Kunstgesellschaft müssen endlich in die Gänge kommen.» Die Bilder im Kunsthaus seien eine «kontaminierte Sammlung» in einem «kontaminierten Museum» – und nur mit einer umfassenden Provenienzforschung könne sich daran etwas ändern.

Weiter ging Livia Knüsel (Grüne). «Es dürften Werke im Kunsthaus hängen, die als Fluchtgut zu klassifizieren sind», sagte sie. Genau das verbiete jedoch der Subventionsvertrag zwischen der Stadt und der Kunstgesellschaft. Wie andere Vertreterinnen der Linken schloss Knüsel nicht aus, dereinst ein Abhängen der Bilder zu fordern – je nach Ergebnis der Aufarbeitung.

Nur «Einzelfälle»?

Übertrieben fand das Rochus Burtscher (SVP), der die Kunstgesellschaft und die Bührle-Stiftung verteidigte. «Gibt es Bilder mit möglichen Unsicherheiten? Ja. Aber: Es handelt sich um Einzelfälle, nicht um ein systematisches Versagen», sagte er. Eine «dritte, vierte, fünfte Expertise» werde da nicht viel Neues zutage fördern. «Macht doch nicht ein solches Aufsehen!», sagte er an die Kunsthaus-Kritiker gerichtet.

Alexander Jäger (FDP) störte derweil etwas anderes: dass unklar sei, wer die Kosten für die «extrem teure» Provenienzforschung tragen solle. Und dass das Kantonsparlament den Involvierten hier ohnehin keine Vorgaben machen dürfe.

Tatsächlich ist der Kanton Zürich «an der Seitenlinie», was das Kunsthaus betrifft. So formulierte es gleich darauf die zuständige Justizdirektorin Jacqueline Fehr (SP). Zwar stelle man zwei Mitglieder im Vorstand der Trägerstiftung, und diese würden «alles unter-

nehmen, um den Prozess voranzubringen». Am Ende trage jedoch die Stadt Zürich die direkte Verantwortung für das Museum.

Fehr selbst machte kein Hehl daraus, dass sie sich eine weitere Aufarbeitung und ein rascheres Tempo wünscht. Es gebe eine «historische Verantwortung gegenüber der jüdischen Bevölkerung», sagte sie. «Es geht um legitime Ansprüche von Familien, denen Kunst unter dramatischen Umständen geraubt wurde.» Eine «kontaminierte Sammlung» sei zudem ein Reputationsrisiko für jedes Museum. Gross' Bericht bezeichnete Fehr als «Steilpass», um daran etwas zu ändern.

Stiftung sieht keinen Bedarf

Von der NZZ um Stellungnahme gebeten, schreibt das Kunsthaus, dass in den vergangenen Monaten «ausführliche Gespräche» zwischen der Kunstgesellschaft und der Bührle-Stiftung stattgefunden hätten. Diese seien «weit fortgeschritten». Die Stadt Zürich ihrerseits ist nicht an diesen Gesprächen beteiligt, wie das zuständige Präsidialdepartement auf Anfrage schreibt. Man begrüsse jedoch weitere Provenienzforschung zur Sammlung Bührle.

Der Bericht von Raphael Gross halte klar fest, dass die bisherigen Erkenntnisse nicht ausreichen, «um die hohen Standards zu erfüllen, die seit dem Jahr 2023 im Subventionsvertrag der Stadt mit dem Kunsthaus festgehalten sind». Der Fokus weiterer Forschung müsse nun auf der Klärung jüdischen Vorbesitzes liegen.

Bei der Bührle-Stiftung hingegen sieht man keinen Bedarf für einen neuen Anlauf bei der Provenienzforschung. Der Stiftungsrat Victor Schmid sagt der NZZ: «Es gibt aufgrund der heutigen Quellenlage keine Veranlassung, weitere Werke in der Sammlung als NS-verfolgungsbedingt entzogen einzuschätzen.» Man habe die Werke während zwanzig Jahren einer umfassenden Überprüfung unterzogen. Für weitere Forschungen zur Herkunft der Bilder sei das Kunsthaus zuständig. So sei es im entsprechenden Leihvertrag festgehalten. Dennoch gehe die Stiftung neuen Hinweisen jeweils umgehend nach.

Zum Bericht Gross wie zu den Verhandlungen mit der Kunstgesellschaft äussert sich Schmid nicht. Allgemein hält er fest: «Einen Grund, an unseren Forschungsergebnissen zu zweifeln, sehen wir nicht.»

Eine Polizei ohne Waffen und eine Wohnsiedlung ohne Autos

Die IG Freiheit verleiht den «Rostigen Paragraphen», einen Schmähpreis für den unsinnigsten politischen Vorstoss

NEOMI AGOSTI

Braucht die Polizei noch Waffen? Darüber war man sich zuletzt in der Lausanner Politik uneinig. Besonders wenn es nach dem grünen Stadtrat Ilias Panchard geht, soll das bei der Lausanner Polizei künftig nicht mehr notwendig sein. Er forderte ein Waffenverbot für die städtischen Polizisten – und das mit Erfolg. Obwohl sich der Polizeiverband dagegen aussprach, stimmte das Lausanner Parlament im Januar dafür.

Der Vorstoss feierte auch in Zürich Erfolg, allerdings einen zweifelhaften. Panchards Vorstoss wurde am Montagabend mit dem «Rostigen Paragraphen» ausgezeichnet. Dies ist ein Schmähpreis für das dümmste Gesetz, den unnötigsten Vorstoss oder das skurrilste und bürokratischste Projekt. Die Auszeichnung wird jährlich von der IG Freiheit verliehen. Der Gewinner wird mittels öffentlichen Online-Votings bestimmt. Die IG Freiheit wurde 2006 von Politikern und Unternehmern gegründet, die sich, wie es auf der Website heisst, für «Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger und gegen den Erlass unnötiger staat-

licher Regulierungen einsetzt». Zum 19. Mal hat am Montag die Preisverleihung stattgefunden. 300 Personen fanden dazu in der Bar Aura in Zürich zusammen.

In einer Mitteilung zitiert die IG Freiheit Ilias Panchard. Er ist der Ansicht, dass viele Polizisten ohnehin nur im Auto sässen oder Tätigkeiten ausübten, bei denen eine Schusswaffe unnötig sei. Und in brenzligen Situationen wie etwa im Umgang mit gewaltbereiten Jugendlichen sei Deeskalation wichtiger als eine Schusswaffe.

Für gutverdienende Velofahrer

Auch in Zürich sorgt die Stadtpolizei immer wieder für politische Diskussionen. Wie sich an einem Vorfall im März 2024 veranschaulichen lässt. Ein nackter Mann mit Messer betrat damals den Coop in Wollishofen. Die Stadtpolizei konnte ihn nicht überwältigen, die Kantonspolizei eilte zur Hilfe. Es stellte sich heraus: Die Stadtpolizisten waren ohne Taser unterwegs. Die nächste Eskalationsstufe wäre der Einsatz der Schusswaffe gewesen, schrieb die Stapo. Dies, nachdem der Pfef-

ferspray-Einsatz erfolglos war. Vielleicht wären Taser anstatt Waffen eine Option für die Lausanner Polizei.

Auf dem zweiten Platz landet am Montag der Zürcher Stadtrat André Odermatt. Sein Projekt: die städtische Wohnsiedlung «Tramdepot Hard». Auf dem Tramdepot beim Escher-Wyss-Platz hat die Stadt zwei 60 Meter hohe Türme gebaut – mit insgesamt 193 Wohnungen.

Sonderbar findet die IG Freiheit hier, dass man in die städtischen Wohnungen im «Tramdepot Hard» auch mit einem Jahreslohn von über 180 000 Franken einziehen darf. Dies, obwohl die Stadt Zürich in der Regel fast ausschliesslich an Geringverdiener vermietet. Auch die Wohnpreise liegen über dem Durchschnitt. So kostet die günstigste 4,5-Zimmer-Wohnung an der Limmat 2300 Franken. Für eine 5,5-Zimmer-Wohnung muss man gar bis zu 3800 Franken monatlich bezahlen. Dies ist laut der Stadt auf die hohen Baukosten des Projekts zurückzuführen. Im Vergleich dazu: Eine 4,5-Zimmer-Wohnung in der städtischen Siedlung Leutschenbach kostet 1580 Franken. Dies allein hat jedoch

nicht für André Odermatts zweiten Platz gesorgt.

Denn die Sache wird noch sonderbarer: Wer dort wohnen will, darf kein Auto besitzen. Es handelt sich dabei um die erste autofreie städtische Siedlung. Die Stadt hat den zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohnern im «Tramdepot Hard» eine Vorgabe gemacht: Alle müssen eine sogenannte Autoverzichtserklärung unterschreiben. Diese will die Stadt auch kontrollieren. So sagte André Odermatt an einer Pressekonferenz im Januar: «Wer hier wohnt, braucht kein Auto.» Einzig für Menschen mit Behinderung werde eine Ausnahme gemacht, für sie stehen 19 Parkplätze zur Verfügung. Die restlichen 500 Bewohner erhalten acht Besucherplätze, dafür gibt es 670 Veloparkplätze sowie zwei Mobility-Standorte. Somit richtet sich Odermatts Projekt vor allem an gutverdienende Velofahrer.

Die Türme an beliebter Wohnlage sind ab Juli bezugsbereit. Im Vorfeld hatten sich laut den Tamedia-Zeitungen 14 000 Interessierte für die Wohnungen beworben – der Andrang war riesig. Auch wenn es nicht für den «Rostigen Paragraphen» gereicht hat, haben

dennoch 19 Prozent der öffentlichen Stimmen für das Projekt «Tramdepot Hard» gestimmt.

Kofferfreies Luzern als Ziel

Den dritten Platz belegt der Luzerner SP-Nationalrat David Roth, der 16 Prozent der Stimmen holt. Dies für seine Idee, die Touristenströme einzudämmen. Roth forderte ein Verbot von Rollkoffern, da diese auf den Strassen für Unruhe und Lärm sorgten. Weiter wollte Roth aber auch Airbnb, Reiseautos und Neubauten von Hotels einschränken, wie es in einer Mitteilung heisst. Wenn es nach Roth geht, soll Luzern ruhiger, leerer, aber vor allem kofferfreier werden.

Ebenfalls nominiert war ein Projekt von Eva Reinhard, der Chefin von Agroscope, bei dem die Bevölkerung dazu aufgefordert wurde, ihre Unterwäsche im Garten zu vergraben. Dies zur wissenschaftlichen Erforschung der Bodenqualität. Und eine Forderung der grünen Bundeshausfraktion, welche die Einführung einer Luxussteuer auf Yachten, Sportwagen sowie Luxusartikel verlangte.